



NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses

Datum: 12.10.2020

Beginn: 17:30 Uhr

Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Ende: 19:20 Uhr

Anwesend:

Erster Bürgermeister

Seidl, Norbert

Mitglieder des Sozialausschusses

Ehm, Rosmarie

Gigliotti, Gisella

Hoiß, Günter

Ponn, Barbara

Schneider, Dominik

Sippel, Dorothea

von Hagen, Michaela

Winberger, Lydia

Wuschig, Wolfgang

Kamleiter, Karin

Vertretung für Frau Stadträtin Sonja Strobl-
Viehhauser

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Sozialausschusses

Strobl-Viehhauser, Sonja

Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung	
TOP 2	Bericht zum Schülerhaushalt an der Mittelschule Puchheim	
TOP 3	Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus ZaP: neuer Förderzeitraum 2021-2028	2020/0120
TOP 4	Kindertagesbetreuung; Maßnahmen aus dem 3. Kita-Gipfel	2020/0121
TOP 5	Gesunde Kommune Puchheim: Maßnahmenvorschläge	2020/0122
TOP 6	Anerkennung der Jahresrechnung 2019 für die Kindertagesstätten	2020/0123
TOP 7	Sachstand zu aktuellen Themen	
TOP 8	Mitteilungen und Anfragen	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Nachfolgend stellte er die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Alle Stadträte seien anwesend. Den TOP 2 zum Bericht zum Schülerhaushalt an der Mittelschule Puchheim müsse man wegen Corona verschieben. Einwände gegen die Tagesordnung gab es nicht. Die Niederschriften des Sozialausschusses vom 13.07.2020 wurden genehmigt.

TOP 2 Bericht zum Schülerhaushalt an der Mittelschule Puchheim

zurückgestellt

TOP 3 Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus ZaP: neuer Förderzeitraum 2021-2028

Herr Kulzinger führte in die Beschlussvorlage ein und stellte das Bundesprogramm für Mehrgenerationenhäuser „Miteinander – Füreinander“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vor, durch welches das Mehrgenerationenhaus ZaP in Puchheim bereits seit 2008 gefördert wird. Zum 01.01.2021 beginne der neue Förderzeitraum des Programms mit einer Verlängerung des Förderzeitraumes von 2021 bis 2028 und einer Erhöhung der Förderung um 10.000,- €. Er versicher-

te, dass die Verwaltung das Mehrgenerationenhaus ZaP weiter fördern und auch in Zukunft in kommunale Aktivitäten einbinden werde, um gute Entwicklungschancen und eine faire Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleisten zu können. Deshalb sei das ZaP auch weiterhin in die kommunale Sozialplanung mit einzubeziehen. Zu den aktuellen Schwerpunkten des Mehrgenerationenhauses gehörten die Bearbeitung des demographische Wandels, die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger und Programme für Schulkinder. Zu den Förder- und Arbeitsschwerpunkten des Programms zählten die generationenübergreifende Arbeit, die Förderung des freiwilligen Engagements, die Stärkung des sozialen Zusammenhaltes und die Bereitstellung bedarfsgerechter Angebote vor Ort. Eine neue Herausforderung sei aktuell die Heranführung älterer Bürgerinnen und Bürger an die digitalen Medien. Eine zunehmende Rolle spielten auch die Stärkung der Demokratie und ein biologisches und nachhaltiges Handeln. Die Nachbarschaftshilfe sei auf die Stadt Puchheim zugekommen und habe ein ausführliches Konzept zur Weiterführung mit einer langfristigen Perspektive erstellt. Stadträtin Sippel erläuterte dieses anhand einer Präsentation. Einer der Schwerpunkte sei der Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe. In der Vergangenheit habe die Stadt Puchheim die Anstellung der beiden Mitarbeiter übernommen, während die Nachbarschaftshilfe im Gegenzug die fachliche Aufsicht übernommen habe. Da diese Konstellation in der Vergangenheit unter anderem durch Doppelstrukturen zu Schwierigkeiten geführt habe, sei zu überlegen, ob die Nachbarschaftshilfe die Trägerschaft des Mehrgenerationenhauses übernehmen sollte. Stadträtin Sippel führte die langjährige Erfahrung der Nachbarschaftshilfe und das breite Angebot für Kinder und Senioren als Vorteile an, wies aber auch auf eine mögliche Verschlechterung der Neutralität hin. Eine weitere Möglichkeit sei, dass die Stadt Puchheim die Trägerschaft des Mehrgenerationenhauses übernehmen könnte. Als Vorteile führte sie hier die Neutralität und die übergreifende Zusammenarbeit mit allen Trägern und Stellen an, als problematisch wäre dies aber im Zusammenhang mit dem Subsidiaritätsprinzip und der Trägervielfalt zu betrachten. Anschließend berichtete sie von der dritten Möglichkeit, dass das Mehrgenerationenhaus die Trägerschaft übernehmen könnte. Vorteilhaft wären die Kenntnisse über Angebote und Strukturen, welche weiterentwickelt werden könnten. Nachteilig sei, dass erst ein Verein gegründet werden müsste und keine Verwaltungsstrukturen bestünden. Zusätzlich zur Trägerschaft sollte auch die Standortfrage geklärt werden. Da der derzeitige Standort des Mehrgenerationenhauses nicht zentral genug sei, sei zu überlegen, ob das ZaP nicht als „neues Bürgerhaus“ in der neuen Stadtmitte oder eventuell in der Lochhauserstraße angesiedelt werden könnte. Die Nachbarschaftshilfe könnte sich auch vorstellen, im Aubingerweg Räumlichkeiten für das ZaP zur Verfügung zu stellen. Sie wies auf das tolle Konzept des Bürgerhauses in Ingolstadt hin, welches man sich als Vorbild nehmen könnte.

Der Vorsitzende bedankte sich für die Vorstellung des Konzeptes mit den drei Modellen. Hierbei handle es sich um eine perspektivische Sozialraumplanung, die Diskussionsgrundlage sei. Sozialreferentin Ehm befürwortete eine Zusammenfassung des Mehrgenerationenhauses, des Quartiersbüros

und des Familienstützpunktes, da dies zu einer Ausweitung des Beratungsangebotes führen könnte. Eine Verortung des ZaP's in den Aubinger Weg könne sie sich ebenfalls vorstellen, gegebenenfalls sollte aber über die Auslagerung von Büroräumen in die Lochhauser Straße oder einen anderen Standort nachgedacht werden. Sie sprach sich dafür aus, dass die Trägerschaft durch die Nachbarschaftshilfe im Aubinger Weg für alle übernommen werden sollte. Dann könnte auch mehr sozialpädagogisches Personal eingestellt werden und das Beratungsangebot ausgebaut werden. Stadtrat Wuschig sah im Vergleich zu den anderen Institutionen, die größte Perspektive für das Mehrgenerationenhaus ZaP, da beispielsweise der Familienstützpunkt auf Grund der Förderung möglicherweise in ein bis zwei Jahren wegfallen könnte. Er wollte wissen, welcher zeitliche Rahmen für die Förderung der sozialen Stadt vorgesehen sei, die Strukturen müssten miteinander abgeglichen werden. Stadträtin Gigliotti fragte, inwieweit die Meinung der Mitarbeiter des Mehrgenerationenhauses in das Konzept miteingeflossen sei, welche Rolle die Stadt Puchheim dabei spielen solle und wie sich die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Träger mit der Stadt und dem deutschen Kinderschutzbund sowie des Kinderreichs, das ein Angebot des Landkreises sei, gestalten solle. Sie sei überrascht, dass sich die Mehrheit nun für den Umzug des ZaP in die Stadtmitte ausspreche, dies habe die Grünenfraktion bereits vor zwei Jahren beantragt. Der Vorsitzende erwiderte darauf, dass dieser Gedanke vor zwei Jahren noch undeutlich gewesen war, was Stadträtin Gigliotti mit Verweis auf die vorliegenden Konzepte verneinte. Sie wollte wissen, welche Auswirkung die Zusammenarbeit der vielen unterschiedlichen Träger haben könnte, wer die Leitung übernehmen solle, wie die einzelnen Konzepte genauer aussehen würden und wie eine Überschneidung von den Arbeiten und Aufgaben verhindert werden könne. Alle hätten nämlich unterschiedliche Klienten. Stadträtin von Hagen war der Meinung, dass die Umsetzbarkeit der Konzepte geprüft werden müsse. Das Mehrgenerationenhaus habe sich in den letzten Jahren toll entwickelt. Die Nachbarschaftshilfe habe hier eine gute Arbeit geleistet, die Trägerschaft solle daher von der Nachbarschaftshilfe übernommen werden. Sie sprach sich dafür aus, dass falls sich der Standort des ZaP's ändern sollte, man auch über eine Umbenennung nachdenken sollte. Die Stadt sei in der Verwaltung schon überlastet, deswegen sei die Trägerschaft der Stadt mit dem bestehenden Personal nicht zu stemmen. Man müsse auch darauf achten, dass das derzeitige Klientel bei einem Umzug auch mitgenommen werde. Stadtrat Hoiß äußerte die Befürchtung, dass bei einem Standortwechsel ein deutlicher Teil der Kundschaft verloren gehen könnte. Er wollte genauer wissen, aus welchem Gebiet die überwiegende Anzahl der Besucher des Mehrgenerationenhauses kommen und bat hier um eine genauere Darstellung durch die Nachbarschaftshilfe. Stadträtin Kamleiter befürwortete die Idee, die verschiedenen Institutionen unter einem Dach mit einer verschlankten Verwaltung zusammenzufassen. Die mögliche Verortung des Mehrgenerationenhauses sah sie als Chance, weitere Bürgerinnen und Bürger, beispielsweise aus dem Puchheimer Norden, für das ZaP zu gewinnen. Nach Klärung der Fragen fasste der Vorsitzende zusammen, dass es drei Probleme zu lösen gebe. Die bestehende Doppelstruktur, da das Personal des ZaP's über die Stadt Puchheim

angestellt sei, die fachliche Betreuung aber von der Nachbarschaftshilfe als Träger übernommen werde. Deshalb fände er es sinnvoll diese Aufgaben über eine Trägerschaft zu bündeln. Als problematisch beschrieb er auch die Überschneidung des sozialen Angebotes des Quartiersbüros und des Mehrgenerationenhauses, welche beide in der Planie verortet seien und das gleiche Feld bearbeiten würden. Da das Projekt soziale Stadt der Regierung auch für das Quartiersbüro bald auslaufen werde, sei zu überlegen, Elemente des Quartiersbüros in die neue Struktur zu übernehmen, die sich dann vor allem auf die Planie beziehen sollten. Wenn es die Möglichkeit eines Standortwechsels gebe, habe das Modell gegebenenfalls auch unter einer Umbenennung eine Chance. Hier müsse man sich jetzt an das Thema annähern. Er bedankte sich auch für das großzügige Angebot des Sozialdienstes, Räumlichkeiten für ein Mehrgenerationenhaus zur Verfügung zu stellen und wies auf die daraus resultierende Mietersparnis hin. Der Vorsitzende merkte an, dass er sich auch die neue Stadtmitte als Standort für das Mehrgenerationenhaus vorstellen könnte, dies sei aber noch Zukunftsmusik. Es sei zu diskutieren, wenn man sich auf ein Modell geeinigt habe. Stadträtin Sippel berichtete, dass das Klientel des ZaP's überwiegend aus Bewohnern der Planie bestünde. Die Ehrenamtlichen kämen aus ganz Puchheim, teilweise sogar aus umliegenden Gemeinden, da diese dort ihre Talente offen einbringen könnten und gefördert würden. Die Doppelstrukturen ergäben sich auch aus den Besuchern des Mehrgenerationenhauses. Es sei eine Grundsatzentscheidung wie eine Trägerschaft zu gestalten sei, dann könne man das Modell weiter verfeinern und entwickeln. Die Puchheimer Insel solle in diesem Konzept auch integriert werden. Stadträtin Ponn wollte wissen, was dagegensprechen würde, dass die Stadt Puchheim die Trägerschaft des Mehrgenerationenhauses übernehme. Dies sei der Bevölkerung zu vermitteln, da diese eine neutralere Beratung durchführen könne. Sie merkte an, dass sie eine Verortung des ZaP's in den Aubinger Weg nicht optimal fände, da es hier nur ein eingeschränktes Parkplatzangebot für Autos gäbe. Herr Kulzinger merkte an, dass er grundsätzlich für alle drei Konzepte aufgeschlossen sei, allerdings wäre eine Trägerschaft des ZaP die erste Einrichtung, mit dem die Stadt Puchheim von ihrem bisherigen Prinzip der Subsidiarität abweichen würde. Außerdem wäre es dann natürlich auch notwendig, personelle Ressourcen zu schaffen. Der Vorsitzende wollte wissen, welche Funktion die Stadt dann übernehmen würde. Stadträtin Gigliotti erwiderte, dass die Stadt Puchheim als Arbeitgeber für alle Belange zuständig sein würde. Der Vorsitzende argumentierte, wenn die Stadt Arbeitgeber aller drei Institutionen werden würde, die Eigenständigkeit dieser verloren ginge. Es sei wichtig die Trägervielfalt im sozialen Raum zu bewahren. Zudem habe man dann die fachliche Aufgabe das Personal zu überwachen und die Institutionen hätten keine eigenen Auftrag mehr. Stadträtin Winberger lobte die Ausarbeitung des Konzeptes durch die Verwaltung und bestätigte die derzeitige unglückliche Situation, dass die Anstellung des Personals über die Stadt Puchheim erfolge, während sich die Nachbarschaftshilfe um das Personal kümmere. Dies habe zur Folge, dass zwei Personalabteilungen involviert seien, was zukünftig zu vermeiden sei. Sie sprach sich für die Puchheimer Insel als zentrales Beratungshaus und Anlaufstelle für alle Personenkreise

aus. Des Weiteren wies sie darauf hin, dass auch der Sozialdienst in Vergangenheit bereits eine Sozialberatung angeboten habe und diese auch durch einen Verein geleistet werden könne. Unglücklich sei die Idee der Verortung in den Aubinger Weg, da das Platzangebot nicht ausreichend wäre und nicht alle Räumlichkeiten für den Parteiverkehr ausgelegt seien. Sie könnte sich aber auch eine Auslagerung der Büroräume in die Lochhauser Straße oder die nähere Umgebung vorstellen.

Der Vorsitzende berichtete, dass am Anfang das Mehrgenerationenhaus von zwei Vereinen getragen wurde, der VHS und der Nachbarschaftshilfe. Nach dem Ausstieg der VHS, wollte keiner der Vereine die Personalführung übernehmen, weshalb die Stadt Puchheim diese Aufgabe leistete. Er berichtete über die Möglichkeiten des weiteren Vorgehens. Im ersten Schritt, könnte der Sozialdienst in naher Zukunft die komplette Trägerschaft des Mehrgenerationenhauses übernehmen. Die personelle Verantwortung würde somit bei der Nachbarschaftshilfe liegen. Seiner Meinung nach, dürfte man über den nächsten Schritt einer möglichen Verschmelzung oder einer anderen Struktur bezüglich der sozialräumlichen Angebote gerne nachdenken und diskutieren, es müsse aber noch keine Entscheidung getroffen werden, es ginge mehr darum eine Richtung vorzugeben, in die es laufen solle. Er sagte, es sei ungewiss, ob der Aubinger Weg als neuer Standort für das Mehrgenerationenhaus geeignet sei. Seiner Meinung nach wäre dies aber nur denkbar, wenn die Pflege aus dem Gebäude ausgegliedert würde, dann wäre das Erdgeschoss und ein Saal im Obergeschoss frei. Möglicherweise gäbe es aber auch die Möglichkeit, das Essen auf Rädern auszulagern. Stadträtin Winberger erwiderte, dass dieser eine Saal nicht ausreichen wäre, da das ZaP viele verschiedene Gruppen nutzten, welche sich den Saal nicht teilen könnten. Der Vorsitzende argumentierte, dass sich das räumliche Angebot durch die Verortung in den Aubinger Weg vergrößern würde, allerdings wäre zu prüfen, ob dieses dann ausreichend sei, wenn man den Gedanken einer Zusammenlegung weiterverfolgen möchte. Stadtrat Hoiß ging darauf ein, dass die Mehrzahl der Besucherinnen und Besucher des Mehrgenerationenhauses aus der Planie komme und es wichtig wäre, dass das ZaP in der gewohnten Umgebung bleiben würde, damit das ZaP auch den bisherigen Nutzern erhalten bliebe. Als mögliche Standortalternativen sehe er auch die neue Stadtmitte oder nach Abschluss der Umbauarbeiten, wäre seiner Meinung nach auch der Alois-Harbeck-Platz als Standort denkbar. Ihn würde interessieren, ob sich Herr Dr. Türkner mit dem von ihm angestrebten Beratungsangebot der Puchheimer Insel identifizieren könnte. Der Vorsitzende legte das Augenmerk auf die Arbeit der vielen Ehrenamtlichen, welche im Mehrgenerationenhaus aktiv seien. Des Weiteren sprach er die Problematik an, dass beim Bau der neuen Stadtmitte auch externe Anbieter, wie beispielsweise die Tafel, untergebracht werden müssten. Hier sehe er die Möglichkeit, auch diese unter einem gemeinsamen Dach zu verorten. Herr Dr. Türkner berichtete, dass die Puchheimer Insel als Anlaufstelle für alle Bürgerinnen und Bürger mit den verschiedensten Anliegen angedacht war, um diese über das entsprechende Angebot gezielt informieren zu können. Als Beispiel führte er den Verein Germeringer Hilfe an. Des Weiteren sprach er die Koor-

dination der verschiedenen Angebote an, damit es zu keiner Überschneidung bei den Angeboten komme, setzte er eine gewisse Steuerungsfunktion der Institution voraus. Auch ein zentraler Standort wäre sinnvoll, damals sei bereits der Alois-Harbeck-Platz angedacht worden. Stadträtin Gigliotti wies darauf hin, dass wenn sich die Stadt Puchheim für ein neues Bürgerhaus entscheiden würde, es auch genauer Konzepte bedürfe um Überschneidungen der Angebote und die daraus resultierenden Mehrkosten zu vermeiden. Des Weiteren beantragte sie darüber abzustimmen, den Familienstützpunkt in seiner jetzigen Form aus dem angedachten Haus herauszunehmen. Der Vorsitzende merkte an, dass er diese Entscheidung als für zu früh erachte. Ziel sei eine Trägerschaft so auszuhandeln, dass die personelle Verantwortung an diese übergehe und ein gemeinsames Konzept erarbeitet werde, in dem die sozialräumlichen Aktivitäten gebündelt werden. Bis sich eine neue Struktur ergebe, werde die Nachbarschaftshilfe die Trägerschaft sowohl personell als auch fachlich für das ZaP übernehmen. Sodann fasste der Ausschuss folgenden

Beschluss

1. Der Stadtrat begrüßt die Teilnahme des Trägers des Mehrgenerationenhauses am Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus „Miteinander-Füreinander“ vom 1.1.2021 – 31.12.2028.
2. Der Stadtrat beschließt, das Mehrgenerationenhaus ZaP weiterhin kommunal einzubinden, und bekennt sich zu den Aussagen, dass das Mehrgenerationenhaus:
 - a) in die kommunalen Aktivitäten zur Schaffung guter Entwicklungschancen und fairer Teilhabemöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger eingebunden wird sowie
 - b) weiterhin in die kommunalen Planungen bzw. Aktivitäten zur Gestaltung des demografischen Wandels und zur Sozialraumentwicklung im Wirkungsgebiet des Mehrgenerationenhauses eingebunden wird.
3. Die Stadt trägt die erforderliche Kofinanzierung in Höhe von 10.000 EUR pro Jahr für diesen Förderzeitraum vorbehaltlich entsprechender Mittelbereitstellung durch die Haushaltssatzung.
4. Der Erste Bürgermeister wird beauftragt, die Weiterentwicklung des Mehrgenerationenhauses unter Berücksichtigung der Vorstellungen des Trägers und der sozialplanerischen Bedürfnisse aktiv voranzutreiben.

Abstimmungsergebnis: Ja 10 Nein 0 Anwesend 11 Befangen 0

5. Der Familienstützpunkt wird in seiner jetzigen Form aus den Weiterentwicklung des Mehrgenerationenhauses ausgeschlossen.

Abstimmungsergebnis: Ja 3 Nein 8 Anwesend 11 Befangen 0

TOP 4 Kindertagesbetreuung; Maßnahmen aus dem 3. Kita-Gipfel

Herr Kulzinger berichtete, dass in den von Seiten der Stadt iniitierten drei Kita-Gipfeln viel gemeinsam erreicht worden sei. Insbesondere das Thema der Qualität der Kindertageseinrichtungen stand im Fokus. Im zweiten Kita-Gipfel wurde das Kita-Sofortprogramm entwickelt, welches bereits an den Start gegangen sei. Zum jetzigen Zeitpunkt lasse sich schon eine erste positive Resonanz ziehen, da bereits alle Träger Maßnahmen wie beispielsweise Stipendien, Treueprämien oder die Förderung von Ausbildungsstellen über das Kita-Sofortprogramm beantragten oder dies mündlich zugesagt hätten. Ziel war es, die Neugewinnung von Personal für die Kindertageseinrichtungen voran zu treiben. Ein weiteres Thema sei die Großraum München Zulage als erweiterte Fürsorgeleistung für die Beschäftigten. Er erläuterte die verschiedenen Begrifflichkeiten wie Ballungsraumzulage, Großraumzulage und Arbeitsmarktzulage. In München erhielten bislang alle Beschäftigten die Ballungsraumzulage, die im Verdichtungsraum München wohnten und arbeiteten. Im Sommer 2019 beschloss die Landeshauptstadt München, diese Ballungsraumzulage mit der Großraumzulage ab dem 01.01.2020 zu verdoppeln und unabhängig vom Wohnort zu gewähren. Daraufhin habe die Stadt Puchheim ebenfalls beschlossen, den städtischen Mitarbeitern ab dem 01.01.2020 die Großraumzulage in gleicher Höhe zu gewähren. Es stelle sich die Frage, wie mit der Gewährung von Zulagen für die Kitas umgegangen werden solle, da diese allesamt von Trägern geführt würden. In Gesprächen mit den Trägern wurden verschiedene Modelle besprochen, schließlich einigte man sich auf das Modell der prozentualen Aufstockung. Derzeit werde von den Trägern bereits eine Ballungsraumzulage in unterschiedlicher Höhe an das Erziehungspersonal ausgezahlt. Bei dem Modell der prozentualen Aufstockung würde die Stadt Puchheim den vom Träger gezahlten Betrag um 100 % aufstocken. Die Träger hätten auch die Möglichkeit ihre Zulage auf maximal 135,- € zu erhöhen, um somit mit der Großraum München Zulage gleichzuziehen. Herr Kulzinger zeigte anhand von Beispielen den finanziellen Rahmen auf, in welchem sich die Stadt Puchheim bewegen würde. Der Vorsitzende fasste zusammen, dass man bei einem Betrag von insgesamt 678.000,- € durchaus auch die Defizite der Kindertageseinrichtungen vor Augen haben sollte. Er stellte in Frage, ob die Stadt Puchheim sich das leisten könne und wies auf die wegen Corona ungewisse finanzielle Situation im Haushaltsjahr 2021 hin. Er erklärte, dass es sich hierbei um eine freiwillige Bezuschussung der Stadt Puchheim handeln würde, welche sich aber nur sehr schwer wieder zurücknehmen ließe. Um konkurrenzfähig zu sein, habe sich die Stadt Puchheim für eine Doppelstrategie entschieden. Um die Qualität zu verbessern, solle der Ausbildungsstandard erhöht werden, dadurch könne aber das Stammpersonal nicht abgedeckt werden. Stadträtin Gigliotti merkte an, dass sie das Modell, welches bereits ausführlich im Kita-Gipfel vorgestellt wurde, für einen

guten Weg halten würde. Es ließe sich bereits eine Besserung in der Personalbindung feststellen, was dafür spreche, dass das Modell zu mehr Stabilität in der Belegschaft beitrage. Stadträtin Kamleiter erklärte, dass sie in dem Modell der prozentualen Aufstockung eine Kompromisslösung sehe, da die Stadt Puchheim sowie die Träger, jeweils die Hälfte der Zulage trügen. Sie könne sich gut vorstellen, dass einige Träger ihren Anteil aufstocken werden. Positiv erwähnte sie die Änderung im Defizitausgleich. Der Vorsitzende hielt die Umstellung der Verträge auf das Abschmelzen der pauschalen Defizitvereinbarung für entscheidend. Er wies darauf hin, dass bei diesem Modell nur Träger berücksichtigt würden, welche mit der Stadt Puchheim einen Vertrag haben. Stadträtin Winberger merkte an, dass sie das Modell der prozentualen Aufstockung grundsätzlich begrüßen würde, wies aber auf die zusätzlichen Kosten hin, die auf die Träger zukommen würden. Des Weiteren berichtete sie, dass die Träger dem Modell teilweise kritisch gegenüberstehen würden, da die Zulage für das gesamte Personal des Trägers ausbezahlt werden müsse, auch an Einrichtungen außerhalb von Puchheim. Stadtrat Hoiß wollte wissen, ob das Modell dahingehend geprüft wurde, dass es keine Schwierigkeiten mit dem Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband geben könne. Der Vorsitzende erwiderte daraufhin, dass die Stadtverwaltung mit der Weiterentwicklung des vorgestellten Modells beauftragt werde. Es gelte zu klären, inwieweit die Zulage gewährt werden könne. Nicht die Gewährung von Zuschüssen und Zulagen werde moniert, sondern eine pauschale Kostenübernahme. Herr Kulzinger merkte an, dass es noch rechtliche Fragen zu klären gebe, womit bereits begonnen wurde.

Beschluss

Der Sozialausschuss nimmt den Entwurf der Großraum-München Zulage für Puchheim zur Kenntnis. Er beauftragt die Stadtverwaltung mit der Weiterentwicklung des vorgestellten Modells.

Abstimmungsergebnis: Ja 11 Nein 0 Anwesend 11 Befangen 0

TOP 5 Gesunde Kommune Puchheim: Maßnahmenvorschläge

Frau Weyland stellte das Projekt „Gesunde Kommune“, welches sie von Oktober 2018 bis September 2019 mit der Unterstützung der Hochschule München als Bedarfsanalyse bei den Seniorinnen und Senioren in Puchheim durchgeführte, vor. Hierzu habe man im letzten Sozialausschuss die vertieften Ergebnisse und Maßnahmen des Arbeitskreises der „Gesunden Kommune“ vorgestellt. Ziel war es, den aktuellen Bedarf der Puchheimer Seniorinnen und Senioren in den Kategorien „Ernährung und Bewegung“, „Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung“ sowie „Gesellschaftliche Teilhabe“ in Bezug auf die

seelische und körperliche Gesundheit zu erheben. Inhaltliche sollten bezüglich der Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung jährlich mit wechselnde Schwerpunktthemen, wie Interviews zu verschiedenen Themen, die Vorstellung der Ansprechpartner sowie ein Überblick zu dem jeweiligen Angeboten nur für Senioren in Puchheim durchgeführt werden. Die inhaltliche Gestaltung solle dabei immer wieder mit den Puchheimer Senioren und mit den Mitgliedern des Arbeitskreises abgestimmt werden und diese ansprechend gestaltet werden. Zudem würden die Senioren in einer Sonderbeilage dazu aufgefordert, ihre Wünsche zu Themen einzubringen. Diese könnten postalisch oder per Mail an die „Gesunde Kommune“ gesendet werden. Gerade durch Corona sei ins Licht gerückt, dass viele Senioren keinen digitalen Zugang zur Verfügung hätten und damit abgeschnitten seien. Daher sei eine Fortbildungsreihe rund um die Themen angedacht, die die Teilnahme und Informationsbeschaffung in Puchheim betreffen. Das Angebot solle niedrigschwellig gestaltet sein und mit Leihgeräten sowie kostenlos angeboten werden. Das Angebot werde über das Mehrgenerationenhaus ZaP koordiniert. Außerhalb der Fortbildung sollten die Leihgeräte in Kooperation mit der Bibliothek als Ausleihgeräte insbesondere für Seniorinnen und Senioren genutzt werden können. Langfristig sollten „Digitallotsen“, für die Fragen der Seniorinnen und Senioren in Puchheim zur Nutzung von Programmen angefragt werden können, wie beispielsweise als Projektzusammenarbeit mit den weiterführenden Schulen und dem dortigen Informatikunterricht. Bezüglich dem körperlichen Wohlbefinden der Senioren werden weiter Sport- und Bewegungsangebote im Seniorenbereich in Puchheim als offenes Sportangebot stattfinden. Die bisher stattgefundenene Veranstaltung „Puchheim bewegt sich“ sei gut angekommen, da auch eine Anmeldung zu einem Kurs oft eine Hürde für Senioren darstellen würde. Eine Erweiterung des Angebots auf das ganze Jahr werde daher von dem Arbeitskreis Gesunde Kommune vorgeschlagen. Räumlichkeiten stünden sowohl in der Laurenzer Turnhalle in Puchheim Ort sowie im Mehrzweckraum des Wohnpark Roggenstein zur Verfügung. Zudem solle im nächsten Jahr ein „Seniorensporthag“ durchgeführt werden, an dem sich die Vereine sowie weitere Anbieter von Sportangeboten ihre Angebote speziell für Senioren vorstellen könnten. Weitere anstehende Themen seien die Etablierung des Angebots einer gesunden Mittagsverpflegung und das Mobilitätsangebot für Senioren. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zeigten, dass insbesondere alleinlebende ältere Menschen sich häufig unzureichend ernährten und die Teilnahme am sozialen Leben abgehe. Ziel sei es entsprechende Angebote zu entwickeln. Im Zuge der demografischen Entwicklung und dem steigenden Anteil der hochtragenden Senioren in Puchheim müssten Konzepte erarbeitet werden, da Senioren zunehmend ihre Wege nicht mehr ohne weiteres zu Fuß oder mit dem Auto zurücklegen werden können. Dieses Thema sei Ausgangspunkt vieler Projekte wie beispielsweise dem Konzept „Seniorenbus“, als einem kostenlosen Fahrdienst innerhalb der Stadt. Stadträtin Ponn schlug vor den Austrägern von „Puchheim Aktuell“ mitzuteilen, dass die Zeitung auch in Briefkästen mit der Aufschrift „keine Werbung“ eingeworfen werden dürfte. Stadtrat Hoiß erwiderte, dass diese mit dem Kreisboten ausgetragen werden würde. Eine Sonderbeilage für die Senioren in „Puchheim Aktuell“ könne schnell übersehen werden. Da-

her tendiere er dazu, eine Sonderausgabe „Puchheim Aktuell“ für die Senioren zu gestalten. Stadträtin Gigliotti wies darauf hin, dass die Schrift der Zeitung etwas größer gestaltet werden könne. Der Vorsitzende fasste zusammen, dass es für die Veröffentlichung vertragliche festgesetzte Rahmenbedingungen gebe. Stadträtin von Hagen schlug vor, die Sonderausgabe für die Senioren vor allem an den Orten der Treffpunkte der Senioren auszulegen. Frau Weyland ergänzte, dass die Ausarbeitungen auf Senioren ab 65 Jahren konzipiert worden seien. Stadträtin Sippel fügte hinzu, die Entscheidung gemeinsam zu Essen, sei unabhängig vom Alter. Stadträtin von Hagen wies darauf hin, dass es bereits verschiedene Aktionen für ein gemeinsames Essen von Senioren gebe, die sehr gerne genutzt würden. Stadträtin Gigliotti gab bezüglich dem Seniorenbus zu bedenken, ob dafür nicht über eine Partnerschaft mit privaten Dienstleistern nachgedacht werden könne. Stadtrat Hoiß führte aus, eine entsprechende Organisation über Ehrenamtliche anzudenken, das Puchheimer Busnetz sei in letzter Zeit sehr gut ausgebaut worden. Stadträtin Kamleiter erläuterte, dass viele Senioren selbst gar nicht mehr zur Bushaltestelle laufen könnten, auch private Taxidienstleister kämen für kürzerer Strecken nicht auf Abruf.

Beschluss

1. Der Sozialausschuss beschließt die Maßnahmen „Öffentlichkeitsarbeit und Sportangebote für Senioren“ im Rahmen des vorgestellten Konzeptes.

2. Der Sozialausschuss beschließt die Umsetzung der Maßnahme „Digitale Teilhabe“ für die Seniorinnen und Senioren in Puchheim. Dem Sozialausschuss ist über die Ergebnisse der Maßnahme zu berichten.

3. Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis „Gesunde Kommune“ Maßnahmen zu einem Gesunden Mittagstisch und einem Seniorenbus auszuarbeiten und dem Sozialausschuss zur weiteren Beratung vorzustellen.

Abstimmungsergebnis: Ja 11 Nein 0 Anwesend 11 Befangen 0

TOP 6 Anerkennung der Jahresrechnung 2019 für die Kindertagesstätten

Der Vorsitzende führte in die Beschlussvorlage ein. Stadträtin Gigliotti erfragte, warum der Kindergar-

ten Sankt Josef nicht in der Aufstellung enthalten sei. Herr Kulzinger antwortete, dass dieser einem anderen Finanzierungsmodell unterliege, hier seien Defizite bereits gedeckelt. Stadträtin von Hagen fiel auf, dass das Montessorihaus als einzige Tagesstätte Verluste hinsichtlich der Verpflegung mache. Der Vorsitzende erläuterte, dass die Träger selbst frei über die Verpflegung entscheiden könnten, die Essenspreise seien über Fürstenfeldbruck und die dortige gemeinsame Organisation und Vorgaben bestimmt. Die Eltern hätten hier durch ein Gremium auch Mitspracherechte. Die Stadträte Ponn und Hoiß wiesen darauf hin, dass es bei den Nummern a) bis d) heißen müsste „ist der AWO zu überweisen“ anstatt „ist von der AWO zu überweisen“. Der Vorsitzende sprach sich dafür aus, die Korrekturen ins Protokoll aufzunehmen. Stadträtin Winberger ergänzte, dass auch die Küchenkräfte bei den Verpflegungsposten erwirtschaftet werden müssten. Stadtrat Hoiß wies darauf hin, dass auf Seite 5 der Vorlage erwähnt wurde, dass 2019 ein Betriebskostenvorschuss an einen Träger gezahlt wurde. Er fragte, ob das tatsächlich erforderlich gewesen wäre und warum diesen nur ein Träger erhalten habe. Stadträtin Winberger erläuterte, dass dies der einzige Träger sei, der die Betriebskosten selber trage, die Betriebskosten der anderen Träger zahle die Stadt direkt. Sodann fasste der Stadtrat folgende einzelne

Beschlüsse

Die Gewinn- und Verlustrechnung 2019 für

- a) den AWO Kindergarten Hotzenplotz mit Gesamtausgaben i. H. von 792.371,00 € wird anerkannt. Der entstandene Überschuss i. H. von 31.162,33 € ist der AWO zu überweisen.
- b) den AWO Kindergarten Grashüpfer mit Gesamtausgaben i. H. von 438.392,33 € wird anerkannt. Der entstandene Überschuss i. H. von 23.482,85 € ist der AWO zu überweisen.
- c) den AWO Kinderhort Abenteuerland mit Gesamtausgaben i. H. von 508.639,14 € wird anerkannt. Das entstandene Defizit i. H. von 15.391,22 € ist der AWO zu überweisen.
- d) den AWO Kinderhort Mogli mit Gesamtausgaben i. H. von 849.227,78 € wird anerkannt. Der entstandene Überschuss i.H. von 1.091,72 € ist der AWO zu überweisen.
- e) den evang. Kindergarten Regenbogen mit Gesamtausgaben i. H. von 595.323,06 € wird anerkannt. Das entstandene Defizit i. H. von 30.300,04 € ist an die Evang.-Luth. Kirchengemeinde zu überweisen.
- f) den evang. Kindergarten Arche Noah mit Gesamtausgaben i. H. von 540.858,64 € wird anerkannt. Das entstandene Defizit i. H. von 31.638,67 € ist an die Evang.–Luth, Kirchengemeinde zu überweisen.
- g) das Kinderhaus Farbenspiel der Caritas mit Gesamtausgaben i. H. von 1.750.076,81 € wird

anerkannt. Das entstandene Defizit i. H. von 66.695,82 € ist an die Caritas FFB zu überweisen.

h) das Haus für Kinder am Fröbelweg mit Gesamtausgaben i. H. von 919.712,31 € wird anerkannt. Der entstandene Überschuss i. H. von 127.943,98 € ist vom Sozialdienst Nachbarschaftshilfe Puchheim e.V. an die Stadt Puchheim zu überweisen.

i) das Kinderhaus Schatzinsel mit Gesamtausgaben i. H. von 843.846,59 € wird anerkannt. Der entstandene Überschuss i. H. von 59.690,54 € ist vom Sozialdienst Nachbarschaftshilfe Puchheim e.V. an die Stadt Puchheim zu überweisen.

j) den Kindergarten ZickZack des Puchheimer Kinderreich e.V. mit Gesamtausgaben i. H. von 559.810,58 € wird anerkannt. Das entstandene Defizit i. H. von 57.728,71 € ist an das Puchheimer Kinderreich e.V. zu überweisen.

k) das Kinderhaus Montessori mit Gesamtausgaben i. H. von 364.955,35 € wird anerkannt. Das entstandene Defizit i. H. von 27.041,26 € ist an die Montessori-Gemeinschaft FFB zu überweisen.

Abstimmungsergebnis: Ja 11 Nein 0 Anwesend 11 Befangen bzgl. Abstimmungspunkten h) und i) 2

TOP 7 Sachstand zu aktuellen Themen

Der Vorsitzende warf die Frage auf, wie die Stadt damit umgehen möchte, dass die Diakonie keine Integrationsberatungen mehr in der Siemensstraße durchführen wolle. Herr Kulzinger führte aus, dass die Einstellung dieser vor Ort überraschend gekommen sei und man sich eine Beratung über die gerade eingerichtete Beratungshütte gewünscht hätte. Grund für die Einstellung der Integrationsberatungen sei, dass die vom Freistaat verfügte Integrationsrichtlinie von den Trägern mehr finanzielle Eigenleistung erwarte. Die zwei Vollzeitstellen wolle die Caritas jedoch nach aktuellen Stand ebenfalls nicht ersetzen. Der Vorsitzende äußerte seine Enttäuschung gegenüber der evangelischen Kirche. Wenn Integrationsberatung nicht mehr von der Kirche übernommen würde, welche gesellschaftliche Organisation solle diese wichtige Aufgabe denn stattdessen leisten. Entstehende Kosten müssten gegebenenfalls beim Staat erkämpft werden, es sei seiner Meinung nach eine gesellschaftliche Aufgabe der Kirche diese Beratungen durchzuführen. Er habe vor ein entsprechendes Schreiben an den Regionalbischof zu richten. Stadträtin Gigliotti bekräftigte die Wichtigkeit der aufgeworfenen Fragen und appellierte, dass die Stadträte sich dem Schreiben anschließen. Stadträtin Ehm erfragte, ob die Möglichkeit bestünde die derzeitigen Berater, oder zumindest einen, über die Stadt anzustellen. Die Beratung sei nicht allein über Ehrenamtliche zu leisten und die Mitarbeiter seien bereits eingearbeitet. Der Vorsitzende erwiderte, dass die Stadt nicht für alle Themen die Verantwortung übernehmen könne, aus dem die zuständigen Organisationen aussteigen würden. Die Stadt springe bereits in vielen

Bereichen weit über den Standardaufgaben ein, wie beispielsweise der Auszahlung der München Zulage an die Kitas. Stadträtin Gigliotti gab zu bedenken, dass die Stadt dann auf den Personalkosten sitzen bleiben würde. Stadträtin Sippel schlug vor sich auch an den Diakoniepräsidenten als Mitverantwortlichen zu wenden. Stadtrat Wuschig sprach sich für einen offenen Brief aus, der größere Öffentlichkeitswirkung mit sich ziehen würde. Das Haus in der Siemensstraße würde dringend gebraucht, sei aber eine Einrichtung des Landratsamtes. Der Vorsitzende sicherte zu, Druck aufzubauen. Herr Kulzinger berichtet von der Aktionswoche und den erfolgreich abgeschlossenen Kindermalwettbewerben zur neuen Beschilderung der Puchheimer Spielplätze, die jetzt aufgestellt werden würden. Geplant sei die Seniorenveranstaltung 2021 als Konzertbestuhlung sowie eine Freiwilligenmesse und ein Kinderarmutskongress. Die Aktionen müssten aber entsprechend der Corona Entwicklungen geplant werden. Er hoffe auf eine Sitzung mit dem Asylhelferkreis um die Öffentlichkeit auf die Einstellung der Integrationsberatungen aufmerksam zu machen. Stadtrat Hoiß fragte welcher Rat mit dem Ratsbeschluss zur Integrationsberatung gemeint sei. Herr Kulzinger meinte hiermit sei der zuständige Kirchenrat der Diakonie angesprochen.

TOP 8 Mitteilungen und Anfragen

Der Vorsitzende berichtete von den Corona Entwicklungen im Landkreis. Es gäbe auch viele Eltern, die die Maßnahmen an den Schulen für als überzogen betrachteten. Er gehe davon aus, dass Masken weiter das Mittel der Wahl blieben, da es derzeit keine anderen Möglichkeiten gäbe. Er sehe aber die Bedenken der Eltern, um eine Ansteckung zu verhindern sei eine Maskenanordnung aber aktuell die richtige Entscheidung. Warum in Fürstenfeldbruck so viele Corona Fälle auftreten würden, könne man derzeit nicht nachvollziehen. Sicher wirke sich aus, dass dort ein Testzentrum etabliert wurde. Je mehr man teste, desto höher würde die Inzidenzzahl ausfallen. Trotzdem könne man die Testergebnisse nicht einfach ignorieren. Angst zu verbreiten halte er für falsch, aber man müsse vernünftig mit den Maßnahmen umgehen. Vier Monate Maskenpflicht habe die Inzidenzzahl nicht eingedämmt, der Virus sei daher nicht so einfach aus der Welt zu schaffen. Stadträtin Ehm bat für die Schule Süd darum Masken mit Sichtschutz zu bezahlen, diese seien sicher auch zugelassen. Der Vorsitzende sicherte eine Kostenübernahme zu. Herr Kulzinger wies in diesem Zusammenhang auf die zu erwartenden Fördermöglichkeiten des Freistaates für die Schulen hin.

Der Vorsitzende beendete die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses um 19:20 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl
Erster Bürgermeister

Katharina Bock